

Einreichendes Amt/Sachgebiet: Bauamt
Bearbeiter: Frau Böttcher

Drucksache-Nr. 118-17

Beschlussvorlage

Ausschuss	Datum	Ö	NÖ	genehm.	genehm. mit Änd.	abge- lehnt	zurück- gestellt
TA	26.09.17		X				
STR	28.09.17	X					

TA	VWFA	Stadtrat
<u>Beschluss-Nr.</u>	<u>Beschluss-Nr.</u>	<u>Beschluss-Nr.</u>

Anzeige-/ Genehmigungsbehörde:
Landratsamt Nordsachsen

Gesetzliche Grundlage der Anzeige-/Genehmigungspflicht:
Baugesetzbuch BauGB

Die Übereinstimmung der Satzung mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird bestätigt:

Unterschrift Amtsleiter

Beteiligte Ämter und Sachgebiete (Ordnungs-Nr. und Sichtvermerk)

Amt/SG Nr. 60	Amt/SG Nr. 61	Amt/SG Nr. 63	Amt/SG Nr. 65	Rechn.prüfung Frau Preussner	Rechtsamt Hr. Rockmann	Kämmerer Hr. Schmiech	Bürgermeister Hr. Schöne

Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 47 "Wohngebiet Lauesche Straße" Abwägungsbeschluss

Der Stadtrat beschließt:

die Abwägung zu den Anregungen und Bedenken entsprechend der Stellungnahme
der

Industrie- und Handelskammer zu Leipzig

vom 14.07.2017.

Dr. Wilde Oberbürgermeister	Seite 1 von 2
--------------------------------	---------------

Beratungsergebnis

Beschlussgremium: Stadtrat						Sitzung am: 28.09.2017	Legende
Einstimmig	Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit	abweichender Beschluss (Rückseite)	STR SKS TA VWFA Stadtrat Schule, Kultur, Soziales Technischer Ausschuss Verwaltungs- und Finanzausschuss

Begründung/Sachdarstellung:

Die Zustimmung zum Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 47 "Wohngebiet Lauesche Straße" wurde von der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig am 14.07.2017 erteilt.

Hinweise, Anregungen und Bedenken	Abwägung
<p>Das Vorhaben wird von der IHK zu Leipzig befürwortet. Es ist dabei zu gewährleisten, dass sich die geplante Wohnbebauung in die vorhandene Siedlungsstruktur städtebaulich-architektonisch einfügt und das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird (§ 1 Abs. 5 BauGB).</p> <p>Im Flächennutzungsplan der Stadt Delitzsch (genehmigt 2004) ist das Plangebiet als Wohnbaufläche dargestellt. Damit wird dem Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB entsprochen.</p> <p>Der Bauleitplan ist mit den benachbarten Gemeinden abzustimmen (§ 2 BauGB).</p>	<p>Die geplante Bebauung fügt sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung in die umgebende vorhandene Bebauung ein.</p> <p>Die Planung wurde aus dem FNP entwickelt.</p> <p>Die Nachbargemeinden wurden am Bauleitverfahren beteiligt.</p>